

WALTER HALLSTEIN-INSTITUT FÜR EUROPÄISCHES VERFASSUNGSRECHT



FORUM CONSTITUTIONIS EUROPAE

FCE 8/07

**DER VERTRAG VON LISSABON – DURCHBRUCH FÜR
EUROPÄISCHE DEMOKRATIE**

JO LEINEN

MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND
UND VORSITZENDER DES AUSSCHUSSES FÜR KONSTITUTIONELLE FRAGEN

**Vortrag an der Humboldt-Universität zu Berlin
am 17. Dezember 2007**

- ES GILT DAS GESPROCHENE WORT -

*Das Forum Constitutionis Europae ist eine gemeinsame Veranstaltung des
Walter Hallstein-Instituts und der Robert Bosch Stiftung.*

Sehr geehrter Herr Professor Pernice, Sehr geehrte Damen und Herren.

Ich freue mich, am Ende des Jahres 2007 über die Zukunft Europas reden zu können. Nach Joschka Fischer und vielen anderen Rednern, die an der Humboldt-Universität über dieses Thema gesprochen haben, ist es eine schöne Herausforderung, heute in gewisser Weise ein Fazit zu ziehen und meine Vision für die Zukunft des Kontinents vorzustellen. Das ist eher eine angenehme Übung. Die Zeiten waren durchaus auch schon einmal schlechter für die EU. Im letzten und vor allem im vorletzten Jahr hätte ich viele Fragezeichen gemacht bei der Frage: "Wie geht es weiter mit der EU?"

Dieser Dezember 2007 ist gekennzeichnet durch eine Art Endspurt für den langen Reformprozess der EU. Am 12. Dezember wurde im Europäischen Parlament in Straßburg feierlich die Europäische Grundrechtecharta proklamiert. Am 13. Dezember wurde der Reformvertrag von Lissabon von allen 27 Mitgliedstaaten unterschrieben. Um eines vorweg zu sagen: Der Reformvertrag von Lissabon ist eine wichtige Etappe auf dem Weg zur europäischen Einigung, aber er ist noch lange nicht das Ziel. Ich gestehe gerne zu, ich würde hier und heute lieber noch über den Verfassungsvertrag oder die Europäische Verfassung reden. Aber nach den gescheiterten Referenden musste ein Preis bezahlt werden. Mit dem Vertrag von Lissabon sind wir in mehrfacher Hinsicht hinter dem Verfassungsvertrag zurückgeblieben. Der Vertrag ist unübersichtlich und nicht lesbar. Das Konzept des Europas der Bürger hat einen leichten Rückschlag genommen. Die Union basiert nicht mehr auf dem Willen der Bürgerinnen und Bürger, wie im Verfassungsvertrag vorgesehen, sondern wird durch die Hohen Vertragsparteien, also die Mitgliedsstaaten gegründet. Auch die Vision einer politischen Union ist weniger sichtbar.

Es ist auch merkwürdig, wie die Debatte über den Verfassungsvertrag und den neuen Vertrag in einigen Mitgliedstaaten geführt wurde: für einige in den Niederlanden scheint die Angst vor Beethovens Ode an die Freude größer, als die vor Russland, China oder gar Al Kaida. Die europäische Hymne und die Fahne wurden in einigen Ländern zur Inkarnation eines europäischen Superstaates hochstilisiert. Aber Bürgern ihre Identifikationsmerkmale für die Europäische Union zu rauben, wird meines Erachtens ein Bumerang werden. Es hat mich sehr gefreut, dass in Lissabon auf Initiative Deutschlands, 16 Staaten erklärt haben, dass die Fahne und Hymne der EU, der Euro und der Europatag am 9. Mai für sie weiterhin die Symbole der Europäischen Union sind. Im Europäischen Parlament diskutieren wir gerade einen Bericht meines Ausschusses, die europäischen Symbole in unsere Geschäftsordnung zu integrieren. Die Symbole kommen mit Macht und mit Kraft zurück und sind wohl schon jetzt sichtbarer als vor der Debatte über die Streichung dieses Artikels im Vertrag. Dass wir die Symbole verlieren, war jedenfalls eine Fehlkalkulation.

Nach Unterzeichnung des neuen Vertrages stehen wir von einer neuen, aber hoffentlich der letzten Hürde: Der Ratifikation in 27 Mitgliedstaaten. Hier liegt noch ein erhebliches Risiko. Viele fordern eine Volksabstimmung. Die Kampagne für Referenden zum Vertrag von Lissabon nimmt teilweise skurrile Züge an. Am letzten Dienstag im Parlament in Straßburg gab es einen großen Aufstand aller, die ein Referendum fordern. Dabei ist vor allem eines bemerkenswert: Wenn es gegen Europa geht, spielen Linksradikale und Rechtsradikale in einer Liga. Ich fand es sehr bezeichnend, dass auch einige Mitglieder der Linkspartei in

Deutschland an diesem Aufstand teilgenommen haben und keine Probleme damit hatten, mit Le Pen, mit Alessandra Mussolini und mit der Liga polnischer Familien dieselben T-Shirts anzuziehen, dieselben Poster in die Höhe zu heben und die selben Chöre anzustimmen. Herr Bisky und Herr Lafontaine sollten mal nachschauen, was da passiert im EP mit der Partei auf der Linken. Wenn es gegen Europa geht, befinden sie sich mit denen ganz Rechtsaußen auf einer Ebene.

Nicht alle, die ein Referendum fordern, haben redliche Motive. Sie behaupten, ihnen ginge es um die Beteiligung der Menschen. Hintergründig hegen sie aber die Hoffnung, dass auch dieser Vertrag scheitert. Ich bin gar nicht gegen ein Referendum. Ich war schon beim Verfassungsvertrag dafür, dass wir die Menschen befragen und sie an einer Abstimmung über die Zukunft Europas beteiligen. Aber bei 27 Mitgliedsstaaten ist eine Kaskade von nationalen Volksabstimmungen definitiv die falsche Methode, um einen Europa-Vertrag anzunehmen. Das kann gar nicht gut gehen, das muss misslingen. Schon allein, weil für viele nicht der Inhalt der Verträge im Mittelpunkt steht, sondern alle möglichen innenpolitische Aspekte über das Ergebnis eines Referendums entscheiden. Wenn es Volksabstimmungen über einen neuen Europavertrag geben soll, dann muss es ein Europäisches Referendum am gleichen Tag in allen Staaten sein.

Unabhängig ob Referendum oder parlamentarische Methode, in den nächsten Jahren müssen wir uns Gedanken über die Ratifizierung von europäischen Verträgen machen. Bei 27 Mitgliedstaaten muss die alte Logik der Einstimmigkeit auch bei der Ratifizierung von Europa-Verträgen durchbrochen werden. Wir werden sehen, wie das diesmal läuft. Sollte der neue Vertrag an der fehlenden Zustimmung in einem einzigen Mitgliedstaat scheitern, wird die EU um Jahre zurückgeworfen. Für die Annahme von Europa-Verträgen muss die nationale Methode durch eine Gemeinschaftsmethode ersetzt werden. Für den Anfang muss jedenfalls die Formel "27 minus 1" gelten, damit nicht ein Volk mit seinem Willen den politischen Willen aller anderen Völker blockieren kann.

In den 50 Jahren der europäischen Einigung gibt es meines Erachtens drei große Europa-Verträge. Der Erste ist der Vertrag von Rom, mit dem der Binnenmarkt geschaffen wurde. Der Zweite der von Maastricht, der die Währungs-Union eingeführt hat und der Vertrag von Lissabon ist der dritte große Europa-Vertrag, der uns auf dem Weg zu einer politischen Union voran bringt.

Wenn alles gut geht, werden wir 2009 eine neue Europäische Union bekommen. Es wird sich einiges entwickeln und einiges ändern. Europapolitik wird mit diesem Vertrag endgültig zur europäischen Innenpolitik. Ein bedeutender Fortschritt ist die Übernahme des ehemaligen dritten Pfeilers, der Innen- und Justizpolitik, in den ersten Pfeiler. Damit wird für diesen großen und wichtigen Politikbereich weitestgehend die Gemeinschaftsmethode gelten: Europäische Gesetzgebung wird von der Europäischen Kommission initiiert und vom Europäischen Parlament und dem Ministerrat gemeinsam beschlossen. Viele Entscheidungen in diesem Bereich werden mit qualifizierter Mehrheit, nicht mehr einstimmig getroffen. Ich bin mir sicher, dass die innere Sicherheit und die innere Freiheit in den nächsten zehn Jahren ein großes Feld für neue Gesetzgebung sein werden. Weil die Probleme in diesem Sektor immer drängender sind, werden hier die meisten Gesetzesinitiativen gemacht werden.

Auf die EU kommen eine große Zahl neuer Herausforderungen zu: Bekämpfung von verschiedensten Mafia-Strukturen, des Terrorismus und der illegalen Einwanderung; Gestaltung einer europäischen Asyl- und Einwanderungspolitik; Angleichung des Zivil- und des Strafrechts. Auch die Personenstandsfragen werden immer wichtiger. Wir fordern die Menschen auf, mobil zu sein, in anderen Ländern zu arbeiten und zu studieren. Dies wirft viele Personenstandsfragen auf, von nationenübergreifenden Ehen und Scheidungen bis zu den Rechten der Kinder aus diesen Verbindungen. Auf diesem Feld wollen die Menschen mehr Europa sehen.

Der Lissabon-Vertrag stärkt auch die äußere Sicherheit Europas. Wir waren in den letzten 50 Jahren sehr introvertiert. Wir waren mit uns selbst beschäftigt, mit dem Binnenmarkt und mit den verschiedenen Erweiterungen. Diesen Luxus können wir uns in Zukunft nicht mehr erlauben. Das spüren wir jetzt schon. Im 21. Jahrhundert muss die "ökonomische Weltmacht" EU mit ihren 500 Millionen Menschen mehr politische Verantwortung in der Welt übernehmen. Wir können uns nicht mehr nur darauf verlassen, dass die Amerikaner die Rosinen aus dem Feuer holen. Dieser Vertrag ermöglicht der EU, besser und öfter mit einer Stimme in der Welt zu sprechen. Und dass Europa stark ist, sehen wir in Bali, bei der Klimakonferenz der UNO. Ohne die EU gäbe es weder Kyoto 1, noch würde es Kyoto 2 geben. Man stelle sich vor, Deutschland präsentiere unsere ambitionierten Klimaschutz-Ziele und Frankreich wäre dagegen, während Italien und Großbritannien sich nicht zum Thema äußern. Nichts würde passieren, ein Ergebnis wäre unmöglich. Aber wenn ein so mächtiger Kontinent wie die EU mit einer Stimme spricht, dann gewinnt man auch Partner und es lassen sich Weltprobleme lösen.

Der EU-Gipfel am vergangenen Wochenende hat offiziell beschlossen, dass am 10. Oktober eines jeden Jahres der europäische Tag gegen die Todesstrafe ist. Mit Delaware hat gerade jetzt ein weiterer US-Staat beschlossen, die Todesstrafe abzuschaffen. Damit sind es zwar erst 16 von den 51, sodass in der Mehrheit der amerikanischen Bundesstaaten weiterhin die Todesstrafe verhängt werden kann. Aber auf europäischen Druck hin gibt es einen Zivilisationsprozess. Und ich bin sicher, dass das auch weltweit Schule macht. Nicht nur bei den Ländern, die Mitglied der EU werden wollen und die Todesstrafe schon mehr oder minder abgeschafft haben, wie die Türkei, sondern rund um die Welt, auf allen Kontinenten.

Wir können besser mit einer Stimme sprechen, wenn wir den Europäischen Außenminister bekommen. Auch wenn dieser auf Druck einiger Staaten offiziell Hoher Vertreter der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik heißt, wird er in Zukunft Europäischer Außenminister genannt werden. Dieser wird einen Doppelhut haben, da er gleichzeitig Vorsitzender des Außenministerrates und Vizepräsident der Europäischen Kommission sein wird. Dies bringt dann endlich die Kohärenz zwischen der klassischen Außenpolitik und den anderen Außenbeziehungen Europas, sei es die Außenhandelspolitik, die Außenhilfspolitik mit der Entwicklungspolitik sowie Wirtschafts- und Energiepolitik.

Der Außenminister bekommt einen Auswärtigen Dienst, einen europäischen diplomatischen Dienst. Viele mögen das noch nicht glauben, dass die EU in ganz wenigen Jahren "Botschaften" rund um die Welt haben wird. Ob auch dieser europäische Auswärtige Dienst einen Doppelhut aufgesetzt bekommt, wird schon jetzt im Januar und Februar vorentschieden werden. Es gibt starke Kräfte von Seiten Großbritanniens und anderen, die diesen

Auswärtigen Dienst ausschließlich beim Rat verankern und ihn damit auf die klassische Außenpolitik beschränken wollen. Das Europäische Parlament und auch die Kommission werden sich dafür einsetzen, dass in den europäischen Repräsentationen weltweit eine kohärente, auswärtige Politik der EU gemacht werden kann.

Meine Damen und Herren,
ich war nicht nur Mitglied der Umweltbewegung, sondern auch der Friedensbewegung. Meine erste größere Veröffentlichung habe ich mit Petra Kelly gemacht, über die EG als "Zivilmacht Europa". Heute ist die EU in ihrem Kern solch eine Zivilmacht. Die Stärke der EU liegt in der Diplomatie und im wirtschaftlichen Austausch, nicht in militärischem Kettenrasseln. Aber wir wissen, dass ohne militärische Kapazitäten der Frieden in einigen Fällen letzten Endes nicht herzustellen ist. Unsere nationalstaatlichen Armeen sind zwar groß, aber nicht wirklich in der Lage, den Herausforderungen dieses Jahrhunderts gerecht zu werden. Heute forscht, baut und kauft jeder seine eigene Rüstungstechnik. Wir haben viel zu viele Soldaten in Europa. Derzeit gibt es ca. 1,5 Mio. Soldaten in den 27 Mitgliedstaaten. Wir brauchen allerhöchstens 300 000. Durch Zusammenlegung der militärischen Kapazitäten können wir eine hohe Vereinigungsdividende erzielen und diese Verschwendung beenden.

Der Vertrag von Lissabon bindet die EU an die Charta der Vereinten Nationen. Die EU wird also nicht zu einem zweiten Weltpolizist werden, der einfach drauf los ballert, wenn es ihm gefällt. Die EU setzt sich nur im Auftrag der Weltgemeinschaft in Bewegung. Insofern haben Militäreinsätze heute eine umgekehrte Funktion, als sie sie in der Geschichte der Menschheit hatten. Sie sind nicht Überfälle auf andere Staaten, sondern im Gegenteil Friedenseinsätze, um Bürgerkriege oder ähnliche Phänomene zu bändigen und Menschenrechte zu sichern. Auch die Friedensbewegung täte gut daran, jetzt nicht diesen Vertrag als Inbegriff der Militarisierung der EU darzustellen, sondern diese neue Rolle von Militäreinsätzen der EU als Chance zu begreifen.

Die Sicherheit in unserer Nachbarschaft herzustellen ist besonders wichtig. Es ist selbstverständlich, dass wir zuerst in unserem direkten Umfeld nach Sicherheit und Stabilität achten, im Osten Europas und im Süden, rund um das Mittelmeer. Zwar gibt es die Europäische Nachbarschaftspolitik seit einigen Jahren, aber erst jetzt mit dem Vertrag von Lissabon ist sie als neues Politikfeld in die Verträge aufgenommen worden. Dabei dürfen wir uns aber nicht verrennen. Die Forderung von Herrn Sarkozy, neben der EU jetzt eine Mittelmeer-Union zu gründen, ist eine Schnaps-Idee aus dem französischen Wahlkampf. Sie taugt nichts und man sollte sich dagegen wehren. Frau Merkel hat das auch gemacht. Es hat keinen Sinn, neben der Europäischen Union, jetzt an der Südflanke eine eigene institutionelle Mittelmeer-Union zu gründen. Da dürften die meisten nicht mitmachen. Die Entwicklung der Länder in unserer Nachbarschaft müssen wir gemeinsam voranbringen. Dies ist seit zehn Jahren Ziel des Barcelona-Prozesses.

Im Vergleich zu früheren Verträgen, wie dem Vertrag von Maastricht oder dem Vertrag von Amsterdam, erhält die EU mit dem Vertrag von Lissabon nur wenige neue Kompetenzen. Diese sind aber wichtig für die weitere Entwicklung der Union. Eine der neuen Kompetenzen ist die für Weltraumpolitik. Als Giscard d'Estaing das damals im Konvent vorgeschlagen hat, haben viele gelächelt. Es wurde als ein Instrument zur Stärkung der französischen Weltraumindustrie, beispielsweise der Ariane-Raketen abgetan. Aber mittlerweile ist

offensichtlich geworden, dass der Weltraum eine Ressource ist. Das Navigationssystem "Galileo" wird unser erstes Projekt in diesem Bereich werden. Es war vorher ein Projekt von einzelnen europäischen Staaten, das geplatzt ist. Jetzt ist es ein Projekt der EU und hat gute Aussichten, ein Erfolg zu werden. Wenn wir das jetzt nicht hinbekommen hätten, wären uns Indien und China in wenigen Jahren mit eigenen Navigationssystemen vorausgeeilt. Die ökonomischen Anwendungen von "Galileo" werden sehr wichtig für Europa sein und garantieren ein Stück Souveränität dieses Kontinents im Weltraum.

Wirklich bedeutsam ist die neue europäische Zuständigkeit für Energiepolitik. Die europäische Integration hat mit Energie begonnen, mit dem Kohle- und Stahl-Vertrag, der Montanunion. In der Euphorie der 50er Jahre wurde EURATOM, der Nuklear-Vertrag, angenommen. Und dann gab es 50 Jahre nichts Neues in diesem Bereich. Die EU war nicht zuständig für Energie und nur über den Binnenmarkt gab es einige wenige Aspekte, in denen zusammengearbeitet wurde. Es ist gar keine Frage, dass mit der Klimaänderung Energiepolitik eine Top-Politik wird. Was in Bali beschlossen wurde, wird zu einer dritten industriellen Revolution führen. Bis 2050 sollen weltweit 50% des CO₂-Ausstosses reduziert werden. Das heißt, dass in Europa und den USA 70-80% des CO₂ reduziert werden müssen. Völlig neue Formen der Energieerzeugung, der Energieverteilung und des Energieverbrauchs sind notwendig. Europa ist hier mit seiner Forschungspolitik, mit seiner Industriepolitik und seiner Klimaschutzpolitik gefordert. Und vielleicht wird die Energiepolitik damit zu einem echten Integrationsfaktor. Ich könnte mir vorstellen, dass nach dem Binnenmarkt, der Währungs-Union und der Erweiterung die Klimaschutzpolitik das vierte große Integrationsprojekt wird, das Europa von Polen bis Portugal vereint.

Der Vertrag von Lissabon ist der sozialste Europa-Vertrag, den wir je hatten. Heute im Flugzeug habe ich die Meldung von ATTAC-Europa über den Vertrag gelesen: "Neoliberalismus, Ultra-Kapitalismus". Viele Vertragskritiker scheinen den Vertrag von Lissabon mit dem von Maastricht zu verwechseln. Es gibt jetzt etliche neue Elemente, um eine Balance zwischen Binnenmarkt, Wettbewerbspolitik und einer nachhaltigen Wirtschafts-Entwicklung mit sozialen und ökologischen Zielen herzustellen. Dies ist insbesondere bei den Zielen, die im Vertrag stehen, gelungen. Es hat lange Debatten gegeben, ob ein hohes Beschäftigungsniveau oder Vollbeschäftigung Ziel der Union sein soll. Das die Vollbeschäftigung das Ziel der EU wird, ist ein wichtiger Schritt für ein "soziales Europa". Auch der Kampf gegen Armut und Ausgrenzung gehört zu den Zielen der EU. Ferner wird die EU als Soziale Marktwirtschaft und nicht als Freie Marktwirtschaft definiert, wie dies noch in den Vorgänger-Verträgen der Fall war. Sehr wichtig ist auch eine Querschnitts-Klausel, welche die Sozialverträglichkeit aller EU-Gesetze und -Initiativen vorschreibt. Eingefügt wurde auch ein Kapitel über Dienste von allgemeinem Interesse. Gesundheit, Sozialdienstleistungen, Bildung und Kultur werden somit - solange sie nicht rein wirtschaftliche Zwecke haben - aus dem Wettbewerbssystem heraus geholt, um eine für alle verfügbare öffentliche Infrastruktur in Europa zu erhalten.

Dieser Vertrag ist auch einen Schritt zu mehr Bürgerbeteiligung. Der Gewinner dieses Vertrages ist der Parlamentarismus in Europa. Die Rolle der nationalen Parlamente in der Europapolitik wird gestärkt. Durch Einführung des Frühwarnsystems können sie Initiativen aus Brüssel aufhalten und blockieren. Das heißt, sie müssen sich zum ersten Mal richtig um Europapolitik kümmern. Das ein oder andere Parlament macht das schon. Aber leider ist die

politische Klasse auch nach fünfzig Jahren europäischer Einigung national organisiert und es interessiert in erster Linie die nationale Politik. Mit der neuen Europazuständigkeit von nationalen Parlamenten wird sich das ändern. Sie müssen die europäische Gesetzgebung genau verfolgen und sich eine eigene Meinung bilden.

Der größte Gewinner des Vertrags von Lissabon ist das Europäische Parlament. Es kommt viel Neues auf die Bürgerkammer Europas zu. In der Zukunft wird es bei 95% der Europäischen Gesetzgebung mitentscheiden. Darüber hinaus würde ich mir wünschen, dass schon für die nächsten Europawahlen im Juni 2009 die europäischen Parteien eine entscheidendere Rolle spielen. Die Parteifamilien müssen diese Wahlen zu einem richtigen Bürgervotum über die nächste Legislaturperiode und die Zukunft Europas machen.

Mit Inkrafttreten des neuen Vertrages am 1. Januar 2009 wird es wichtige institutionelle Änderungen geben. Beispielsweise die Wahl des Kommissionspräsidenten. Laut Vertrag muss der Vorschlag für den Kommissionspräsidenten auf den Ergebnissen der Europawahlen basieren. Das ist eine große Veränderung gegenüber der heutigen Situation. Bisher haben die europäischen Staats- und Regierungschefs einen aus ihren Reihen ausgesucht und ihm gesagt: "Du musst das machen". In Zukunft wird das anders. Interessant ist die Frage, ob die großen Parteifamilien in der Lage sind, Spitzenkandidaten für die Europawahl und damit für das Amt des europäischen "Regierungschefs", der Kommissionspräsidenten, aufzustellen. Zumindest wird es einen Mechanismus für Verhandlungen geben, zwischen der Mehrheitsfraktion im Parlament und dem Ratspräsidenten, der dann ja bereits ernannt wurde.

Wir als Europäisches Parlament werden auch den Europäischen Außenminister mitwählen wollen. Die Regierungen dürfen sich nicht einbilden, dass sie diese Position alleine benennen. Er oder sie wird nicht nur Vorsitzender des Außenministerrates sein, sondern auch Vize-Präsident der Europäischen Kommission. Insofern wird er durch die "Hearings" des Parlaments müssen und dort von uns auf seine Kenntnisse, auf seine Redlichkeit und auf seine Absichten geprüft werden und so auf gewisse Weise auch vom Parlament mitgewählt werden. Das wird ein Streitpunkt zwischen den Regierungen und dem Parlament werden, das ist bereits abzusehen. Wenn der Vertrag am 1. Januar in Kraft tritt, dann werden die Regierungen den Außenminister wahrscheinlich schon im Januar benennen. Das neue Parlament wird aber erst im Juni gewählt. Daher kann der erste Europäische Außenminister unserer Meinung nach nur ein "Interims Hoher Beauftragter" sein. Nach der Wahl muss er sich noch einmal der Prozedur unserer Hearings stellen.

Eine Missgeburt ist meiner Meinung nach die Doppelspitze zwischen dem Präsidenten der Europäischen Kommission und dem neuen Präsidenten des Europäischen Rates. Zwischen den beiden wird es zu Reibereien und zu Konflikten kommen. Beide werden um die Welt reisen und Europa vertreten. Nicht immer werden sie dabei auf derselben Linie liegen. Das Problem ist sozusagen ein Geschenk von Giscard d'Estaing. Er hat in meinem Ausschuss gesagt: "Ich habe 1974 mit Helmut Schmidt den Europäischen Rat erfunden, nämlich als Kamin-Gespräch bei mir im Elysée-Palast in Paris und das ist das Beste, was jemals passiert ist." Und er hat es durchgesetzt, dass die Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs eine neue Institution der EU werden. Bisher trafen sie sich viermal im Jahr, jetzt werden sie zu einer eigenen Institution. Ich halte das für einen Fehler. Der Europäische Rat hätten eine extra Ratsformation werden können; der Ministerrat hätte regelmäßig in der Formation der Staats-

und Regierungschefs zusammenkommen können. Leider haben wir jetzt eine Doppelspitze und wir müssen aufpassen, dass dadurch die EU nicht zweigeteilt wird: Auf der einen Seite die Kommission, die für die Innenpolitik Europas, also Binnenmarkt, Innen- und Justizpolitik, etc., zuständig ist und auf der anderen Seite der Europäische Rat, für die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Zum Schluss will ich einige Fragen für die Zukunft Europas stellen. Es muss überlegt werden, wie die Kommission zu einer europäischen "Regierung" weiterentwickelt werden kann. Wir brauchen dringend eine echte Führung in Europa. Wir müssen weiter darüber nachdenken, wie das Europäische Parlament und der Ministerrat zu einem wirklichen Zweikammer-Parlament weiterentwickelt werden können. Wir können uns fragen, ob das ausschließliche Initiativmonopol der Kommission noch zeitgemäß ist oder ob nicht auch das vom Bürger gewählte Parlament Gesetzesinitiativen einbringen können soll. Dies würde dann wohl auch für die Staatenkammer gelten. Eine Frage ist, wie wir die "roten Linien" von Tony Blair und von Großbritannien überwinden, nämlich die Einstimmigkeit bei allen Fragen der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in der Steuerpolitik und bei vielen Bereichen der Sozialpolitik. Wir müssen uns auch Gedanken darüber machen, ob wir eine echte europäische Methode für die Revisionen und die Ratifizierungen von Europa-Verträgen einführen können. Bei demnächst 30 Mitgliedsstaaten ist sonst die Blockade zukünftiger Integrationsschritte vorprogrammiert.

Der Vertrag von Lissabon ist eine wichtige Etappe, aber noch nicht das Ziel, wie ich am Anfang meiner Rede gesagt habe. Viele waren dagegen, die Formel der "immer engeren Union" im Vertrag beizubehalten. Aber die Europäische Integration ist ein historischer Prozess. Heutige und zukünftige Herausforderungen werden eine immer engere Union erzwingen. Und leider kommt Europa manchmal nicht durch die Vordertür, sondern wird vorsichtig durch die Hintertür hereingelassen, wenn ein Problem eine europäische Lösung verlangt.

Deshalb werden wir auch in den nächsten Jahren eine öffentliche Debatte über die Zukunft Europas brauchen. Dafür ist eine wirkliche europäische Öffentlichkeit notwendig. Teilweise machen die Medien in dieser Hinsicht sehr gute Arbeit. Aber zum Teil bin ich auch erschüttert, was deutsche Medien anrichten. Die WAZ-Gruppe besitzt die Kronen-Zeitung in Wien und lässt zu, dass seit mehreren Jahren allerwüstester Anti-Europäismus in diesem größten Blatt Österreichs verbreitet wird. Die Springer-Gruppe besitzt einige Zeitungen in Polen und hat zugelassen, dass anti-deutsche Kampagnen geführt werden. Da muss man an die Verantwortung der Medien appellieren, nicht nur in ihrem Hauptblatt, sondern auch in ihren Zweigblättern auf korrekten Journalismus zu achten. Der Markt und der Profit können nicht alles sein.

Die Diskussion über die Zukunft Europas darf nicht hinter verschlossenen Türen stattfinden. Daher bin ich sehr skeptisch, ob dieser "Rat der Weisen" eine schlaue Idee ist. Herr Sarkozy hat diese Vorstellung, einen kleinen Zirkel von zwölf Personen auszuwählen, die über das Europa von 2030 nachdenken sollen. Meiner Meinung nach ist dieser Elitezirkel ein Rückschritt. Wir haben mit der Konventsmethode schon zweimal gute Erfahrungen gemacht. Der Konvent ist ein offenes, demokratisches und transparentes Gremium, in dem alle Parlamente und alle Regierungen vertreten sind und der einen Dialog mit der Zivilgesellschaft

erlaubt. Es gibt aber durchaus Grund für Hoffnung für die Zukunft. Durch den neuen Vertrag erhält das Europäische Parlament erstmals das Initiativrecht, zukünftige Vertragsänderungen selbst vorzuschlagen. Ich bin mir sicher, dass das 2009 gewählte Europäische Parlament diese Initiative ergreifen wird, um nicht den zwölf Personen im "Rat der Weisen" die Entscheidung über die Zukunft Europas zu überlassen, sondern eigene Antworten auf die großen Fragen und Herausforderungen an Europa vorzulegen. In dieser großen Debatte müssen wir die Stimme der Wissenschaft hören, genauso wie die der Bürgergesellschaft, der Öffentlichkeit und der Zivilgesellschaft. Der "Plan D", der Plan für Debatte und Diskussion, der nach dem Nein in Frankreich und den Niederlanden ausgearbeitet wurde, ist nicht beendet, sondern muss jetzt nach dem Vertrag von Lissabon richtig beginnen. Mit der Veranstaltung heute Abend können wir einen weiteren Mosaikstein für den großen Plan zur Definition der Zukunft Europas beisteuern.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.